

Kriminologie

Isenhardt, A., Bergmann, M. C., Müller, P.: (Cyber-)Stalking-Viktimisierung von Jugendlichen (S. 224)

Ziele der vorliegenden Studie sind die Untersuchung von (a) Prävalenzen von klassischem Stalking- bzw. Cyberstalking-Viktimisierungen sowie (b) Folgen für die psychische Gesundheit, das Sicherheitsempfinden und den schulischen Erfolg bei Jugendlichen. Im Ergebnis zeigten sich einige Überlappungen zwischen Cyberstalking und klassischem Stalking. 17,8% hatten mindestens eine der beiden Stalkingformen erlebt, 8,5% beide, 4,3% nur klassisches Stalking und 4,9% nur Cyberstalking. Getrennt betrachtet zeigten sich bezüglich der Folgen im Vergleich zu Cyberstalking größere Effekte von Stalking, welches die psychische Gesundheit und das Sicherheitsgefühl reduzierte. Die psychische Gesundheit wurde auch durch Cyberstalking-Viktimisierungen reduziert. Mit den Schulleistungen fanden sich hingegen keine signifikanten Zusammenhänge.

Keywords: Stalking, Cyberstalking, Viktimisierung, Jugendliche, Auswirkungen

Kerner, H.-J., Belakouzova, A.: Zur Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs in Deutschland (S. 232)

Der Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland (TOA) hat sich seit Mitte der 1980er Jahre in der Praxis entwickelt, im Zusammenhang mit theoretischen und rechtspolitischen Diskussionen sowie auch aufgrund von Projekterfahrungen. Gesetzliche Neuerungen mit Wirkung für die Strafverfolgungspraxis folgten ab 1990/1991 im Jugendstrafrecht und bald darauf ab 1994/1995 im allgemeinen Strafrecht. Dieser Beitrag beschäftigt sich in methodischer und inhaltlicher Hinsicht mit der für Praxis, Politik und Wissenschaft stets wesentlichen und nach wie vor nicht exakt zu beantwortenden Frage, wie sich die TOA-Verfahren und justizielle Sanktionen in der „Wirklichkeit“ entwickelt haben und wie sie sich gegenwärtig darstellen. Dafür werden mehrere Datenquellen für ausgewählte Jahrgänge einander gegenübergestellt: Drei der amtlichen Strafrechtspflegestatistiken des Statistischen Bundesamtes, die vom BMJV geförderte Täter-Opfer-Ausgleichsstatistik und einschlägige retrograde Befunde aus einer breiter angelegten und noch fortlaufenden Sonderauswertung von entsprechenden internen Datenbanken.

Keywords: Täter-Opfer-Ausgleich, Schadenswiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich, Restorative Justice, Strafrechtspflegestatistiken, Jugendstrafrecht, Allgemeines Strafrecht, Absehen von der Verfolgung, Einstellung des Verfahrens, Strafzumessung, Strafmilderung

Jugendstrafrecht

Höyneck, T., Ernst, S.: Das Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren (S. 245)

Das Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren wurde am 16. Dezember 2019 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2146) und ist in seinen wesentlichen Teilen am 17. Dezember 2019 in Kraft getreten. Die Regelungen zur audiovisuellen Aufzeichnung von Beschuldigtenvernehmungen in der StPO und die Verweisung in § 70c JGG sind zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Das damit eng verknüpfte Gesetz zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung wurde am 12. Dezember 2019 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2128) und trat am 13. Dezember 2019 in Kraft. Dieser Beitrag widmet sich vor allem den wesentlichen Neuerungen für das Jugendstrafverfahren – unter anderem im Bereich der notwendigen Verteidigung, der Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren/Jugendgerichtshilfe, der Bild-Ton-Aufzeichnung von Beschuldigtenvernehmungen sowie der Beteiligung der Eltern. Um das Gesetzgebungsverfahren und die damit verbundenen Herausforderungen nachvollziehen zu können, wird vorab kurz auf die Entstehung und den Inhalt der den Gesetzen zugrunde liegenden EU-Richtlinien und den damit verbundenen Umsetzungsprozess eingegangen.

Keywords: Jugendstrafverfahren, Verfahrensrechte, notwendige Verteidigung, Pflichtverteidiger, Jugendgerichtshilfe, Elternrechte

Gerbig, S.: Kinderrechtsbasierte Anforderungen an die (Nicht-)Öffentlichkeit im Jugendstrafverfahren (S. 259)

Die EU-Richtlinie über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind hat das deutsche Jugendstrafverfahrensrecht für internationale Perspektiven geöffnet. In der Sache war dies längst überfällig: Im Diskurs internationaler kinderrechtlicher Standards gelten alle Personen unter 18 Jahren als ein „Kind“ – insofern gibt es eine Überschneidung zwischen dem persönlichen Anwendungsbereich des deutschen Jugendstrafrechts und internationalen kinderrechtlichen Verpflichtungen, etwa der UN-Kinderrechtskonvention. Der vorliegende Beitrag fokussiert die (Nicht-)Öffentlichkeit im Jugendstrafverfahren, einschließlich der Medienöffentlichkeit, und den Schutz der Privatsphäre des jugendlichen Angeklagten während der Hauptverhandlung und des Strafverfahrens unter Berücksichtigung seiner Beteiligungs- und Beschwerderechte aus einer kinderrechtlichen Perspektive.

Keywords: Privatsphäre, Jugendstrafverfahren, Öffentlichkeit, Kinderrechtskonvention, Kinderrechte

Eckel, P.: Die Vermögensabschöpfung im Jugendstrafverfahren: Rechtslage und Reformbedarf (S. 265)

Der Beitrag untersucht ausgehend zur derzeitigen Rechtslage zur Vermögensabschöpfung im Jugendstrafverfahren und insbesondere unter Berücksichtigung der Anfrage des 1. Strafsenats des BGH vom 11. Juli 2019 und der Antwort des 5. Strafsenats vom 6. Februar 2020 einen bestehenden Reformbedarf. Der Verfasser spricht sich für eine gesetzgeberische Lösung de lege ferenda entweder durch Schaffung eines neuen Satz 3 im Rahmen von § 8 Abs. 3 JGG oder eines neuen § 7a JGG-E aus. Zur Berücksichtigung des Erziehungsgedankens nach § 2 Abs. 1 S. 2 JGG sollte für die Fälle der Entreicherung die Anordnung von Wertersatz nach § 73c StGB – nicht jedoch die Einziehung vorhandener Taterträge nach §§ 73 bis 73b StGB – bereits im Erkenntnisverfahren in das Ermessen des Gerichts gestellt werden.

Keywords: Vermögensabschöpfung, Einziehung, Vollstreckungslösung, Adhäsionsverfahren (§ 81 JGG), Gesamtschuldnerische Haftung, § 15 Abs. 2 Nr. 2 JGG

Franzke, K.: Überschießende Kriminalisierung von Jugendsexualität im 13. Abschnitt des StGB? (S. 273)

Der Gesetzgeber hielt den Austausch erotischer Bilder im Rahmen von „Sexting“ unter jungen Menschen für nicht strafwürdig. Er hat im Jahr 2008 mit § 184c Abs. 4 StGB jedoch eine Vorschrift geschaffen, die die heute gängige Variante des erotischen Selbstportraits, das mittels Messenger-Diensten wie „WhatsApp“ verschickt wird, ihrem Wortlaut nach nicht erfasst. Auch zur davon betroffenen Strafbarkeit nach dem allgemeinen Pornographieverbot hat er keine Regelung getroffen. Der Beitrag geht anhand verschiedener Alterskonstellationen der Frage nach, ob und mit welchen methodischen Mitteln dem gesetzgeberischen Willen dennoch Rechnung getragen werden kann.

Keywords: Sexting, Jugendpornographie, Kinderpornographie, teleologische Reduktion, Analogie

Jugendhilfe

Schmoll, A.: Im Labyrinth des Asyl-, Ausländer-, Aufenthalts-, Kinder- und Jugendhilfe- und Strafrechts (S. 279)

Seit dem Jahr 2015 ist eine große Anzahl (junger) Geflüchteter in Deutschland angekommen. Im gleichen Zeitraum gab es auch umfangreiche gesetzliche Änderungen u.a. im Bereich des Asyl-, des Aufenthalts-, des Ausländer-, des Kinder- und Jugendhilferechts und des (Jugend-)Strafrechts. Die voraussetzungsvollen Änderungen führten (teilweise) zu Verunsicherungen bei den mit den (jungen) Geflüchteten arbeitenden Berufsgruppen, wie z.B. Fachkräften der Sozialen Arbeit. Hier setzt der vorliegende Aufsatz an und möchte einen Beitrag dazu leisten, entlang ausgewählter Schwerpunkte, Informationsdefizite abzubauen und Überblicke über das Asylverfahren unter Berücksichtigung relevanter Gesetzesänderungen seit 2015 zu geben.

Keywords: (Junge) Geflüchtete, Asyl-, Aufenthalts-, Ausländerrecht, Kinder- und Jugendhilferecht, (Jugend-) Strafrecht

Forum Praxis

Fromm, I. E.: Jugendstrafsachen und COVID-19-Pandemie aus Verteidigersicht (S. 295)

Der Beitrag gibt einen Überblick über praxisrelevante Auswirkungen der Corona-Krise auf Verfahren nach dem JGG. Dabei werden insbesondere aus Verteidigersicht Auswege aus den auftretenden Verstößen gegen den Beschleunigungsgrundsatz aufgezeigt. Überdies wird über die Lage in der Strafvollstreckung und im Strafvollzug bzw. bestimmte zunehmende jugendtypische Taten bei Jugendlichen und Heranwachsenden berichtet.

Keywords: Jugendstrafsachen, COVID-19-Pandemie, Infektionsrisiko, Arbeitsüberlastung, Beschleunigungsgrundsatz, Verfahrensverzögerung, Corona-Bekämpfungsverordnung

Bode, L.: Jugendstrafvollzug in Zeiten der COVID-19-Pandemie (S. 298)

Die aktuelle Corona-Pandemie stellt eine schwerwiegende Bedrohung dar und das Virus SARS-CoV-2 überwindet auch hohe Gefängnismauern. Diese Erkenntnis hat die Vollzugsbehörden dazu veranlasst, umfassende Maßnahmen zum Schutz vor Infektionen einzuleiten. Daraus ergeben sich Änderungen, vor allem Einschränkungen, für den Haftalltag im Jugendstrafvollzug. Diese Änderungen werden im Folgenden beschrieben.

Keywords: Corona-Pandemie, Jugendstrafvollzug, Corona-Virus, Schutzmaßnahmen

Ernst, S., Klatt, T.: Jugendarrest während der COVID-19-Pandemie (S. 302)

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Jugendarrestvollzug. Vorgestellt werden die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung in Jugendarresteinrichtungen zum Umgang mit der Pandemie.

Keywords: Jugendarrest, COVID-19-Pandemie, Befragung, Vollstreckung, Vollzug



Entscheidungen zum Jugendrecht (S. 306)

Dokumentation

Stellungnahme der DVJJ zum Umgang mit der Corona-Pandemie im Bereich des Jugendstrafrechts (S. 314)

Nachrichten und Mitteilungen (S. 316)

Gesetzgebungsübersicht (S. 319)

Termine (S. 324)

DVJJ-Intern (S. 325)

Kontaktadressen (S. 327)

Impressum (S. 328)